

Neue Analyse

Die Arbeitnehmenden vor immer höheren Abzügen schützen

LOHNABRECHNUNG – STEUERÄHNLICHE SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGE				
BEZEICHNUNG	Salz Arbeitnehmer	Salz Arbeitgeber	Total	CHF
Bestehende steuerähnliche Beiträge				
AHV / IV / ED	5,35%	5,20%	10,55%	8225,56
Mehrbelastung (zusätzliche Beiträge)				
13. AHV-Rente	0,45%	0,40%	0,85%	610,85
AHV 2200	0,25%	0,20%	0,45%	346,73
Abschaffung Rentenplafondierung	0,35%	0,30%	0,75%	561,30
IV 2020	0,31%	0,20%	0,51%	37,38
Befreiungssatzungen (BfA)	0,35%	0,20%	0,55%	40,83
Familienzulagen	0,24%	0,24%	0,48%	35,49
Familienrenten	0,15%	0,15%	0,30%	22,14
Gesamte Mehrbelastung durch zusätzliche steuerähnliche Lohnabgaben			2,6%	2200,-

Die Bundesverfassung setzt Steuererhöhungen klare Grenzen. Bei Lohnabgaben sind die Hürden dagegen deutlich niedriger. Die Politik nutzt diese Asymmetrie zunehmend und will neue Sozialausgaben über Lohnprozente finanzieren, wie die neue Analyse von Michele Salvi und Oguz Bayindir zeigt. Für den Durchschnittsverdiener droht durch den Ausbau der Sozialwerke eine Mehrbelastung von bis zu 2260 Franken pro Jahr. Die Autoren schlagen deshalb [eine Lohnprozentbremse vor](#).

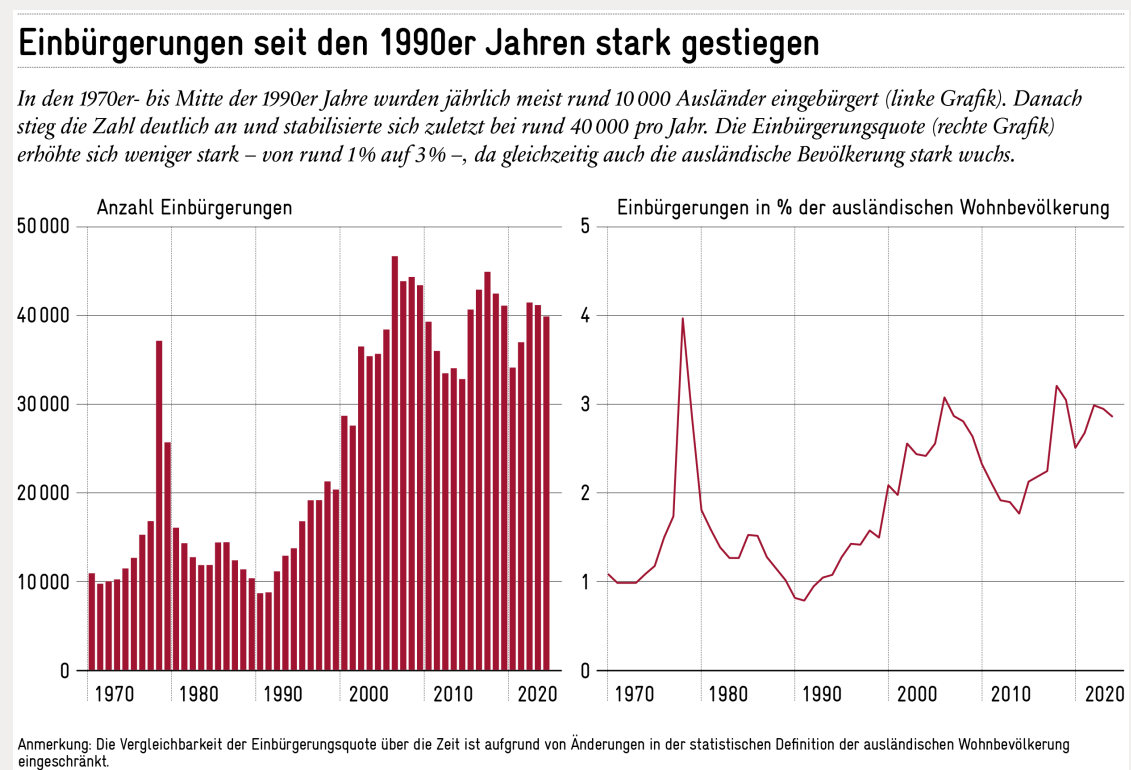
Die Zahl

92%

Rund 92% der Bevölkerung erhalten aus der AHV über ihr Leben gesehen mehr Leistungen, als sie einbezahlt haben. Ein Grund dafür ist die Rentenformel: Zusätzliche Beiträge erhöhen die Rente ab einem gewissen Einkommen nicht mehr, da die AHV-Rente plafoniert ist. Beiträge auf hohen Löhnen finanzieren somit die Renten anderer Versicherter. Der AHV-Beitrag ist damit weniger eine Versicherungsprämie als ein steuerähnlicher Finanzierungsbeitrag. (M/S, OGB)

Migration

Was seit dem Film «Die Schweizermacher» passiert ist



Rund 40'000 Menschen lassen sich jedes Jahr in der Schweiz einbürgern. Angesichts aktueller politischer Debatten über Zuwanderung und Einbürgerung lohnt sich ein Blick auf die Fakten: Wer wird eingebürgert – und wie häufig geschieht das? Im neuen Beitrag von Patrick Leisibach und Agustina Rodriguez [lesen Sie die Antworten](#).

Podcast «Think dank!»

Nachhaltigkeitsberichte: Mehr Wirkung oder mehr Bürokratie?



Der Bundesrat prüft strengere Sorgfalts- und Berichtspflichten für Unternehmen. Doch wie sieht es mit dem Nutzen solcher Regulierungen aus? Helfen sie zum Beispiel der Umwelt – oder führen sie vor allem zu mehr Bürokratie? Darüber diskutierten an unserem «Monday for Future» in Bern Nationalrätin Aline Trede, Nationalrat Christian Wasserfallen, Julian Kölbl von der Universität St. Gallen und unser Vizedirektor Michele Salvi. [Hier die Diskussion als Podcast hören](#).

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Lohnprozentbremse: [Unsere neue Analyse](#) löste zahlreiche Medienberichte aus. Der [«Blick»](#) berichtete auf der Titelseite:

Wirtschafts-Denkfabrik schlägt Alarm
Bund melkt Angestellte und verschont Rentner
 Politik ist süchtig nach Lohnprozenten. Avenir Suisse setzt sich für Arbeitnehmer ein und fordert Umdenken

Höhere Lohnbeiträge seien das bevorzugte Werkzeug des Parlaments, um Sozialausgaben zu finanzieren. Denn anders als für Steuererhöhungen brauche es dafür kein Mehr von Volk und Ständen, schreibt der Blick. «Dadurch werden Reformen mit den Mitteln finanziert, die die politisch tiefste Hürden darstellen – und nicht mit denen, die sinnvoll wären», wird Studienautor Michele Salvi zitiert. Der «Blick»-Artikel führte online zu über 250 Kommentaren der Leser. Eine Auswahl veröffentlichte die Zeitung am Folgetag (Print).

Der «Blick» fragte zudem [in einer Umfrage](#) bei über 4400 Lesern nach, was sie davon halten, dass immer mehr Reformen über Lohnbeiträge finanziert werden. Die Mehrheit lehnt dies ab, insbesondere dann, wenn vor allem Erwerbstätige die Kosten tragen müssen, während Rentner ausgenommen sind.

Auch die [«Neue Zürcher Zeitung»](#) widmete unserer Analyse einen Artikel. Sie schreibt, bis jetzt sei die Lohnprozentbremse im Parlament kein Thema gewesen. Man dürfe aber davon ausgehen, dass bald entsprechende Vorstösse von bürgerlicher Seite kommen werden.

Wenig später war es dann soweit: Ständerat Andrea Caroni (AR, FDP) werde einen entsprechenden Vorstoss im Parlament einbringen, meldete zuerst der [«Blick»](#). Einreichen will Caroni den Vorstoss in der laufenden Session. Er sei aktuell noch auf der Suche nach mitunterzeichnenden Ständerätinnen und Ständeräten.

Auch der [«Tages-Anzeiger»](#), der [«Bund»](#) und andere Tamedia-Zeitungen nahmen das Thema auf. Für sie zeigt das Ringen um die Finanzierung der 13. AHV-Rente, dass die Politik höhere Lohnbeiträge statt höhere Steuern bevorzuge. Der Ständerat entschied im vergangenen Sommer, die Erhöhungen der Mehrwertsteuer und der Lohnabgaben rechtlich nicht miteinander zu verknüpfen. So wollten er und Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zumindest die Erhöhung der Lohnbeiträge ins Trockene bringen.

Weitere Beiträge zu unserer Analyse erschienen etwa im [«Nebelspalter»](#), in der [«Aargauer Zeitung»](#) und der [«Luzerner Zeitung»](#), in den [«Schaffhauser Nachrichten»](#), im [«Boten der Urschweiz»](#), bei [«Watson»](#) sowie im [«Vorsorgeforum»](#) und im [«Penso»](#).

Auch viele Verbände griffen unseren Vorschlag auf. Der [«Schweizerische Gewerbeverband»](#), der [«Schweizerische Arbeitgeberverband»](#) sowie [«Arbeitgeber Zürich»](#) äusserten sich dazu. Und im Podcast der [«Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz»](#) diskutierten der IHZ-Direktor und ein IHZ-Ökonom über unseren Vorschlag. Der [«Schweizerische Gewerkschaftsbund»](#) griff das Thema im Blog des Chefökonom auf.

Postfinance: Die Staatsbank darf keine Kredite vergeben, was sie gegenüber anderen Finanzhäusern benachteilige, schreibt die «Finanz und Wirtschaft» (Print). Avenir Suisse [fordere seit längerem eine Privatisierung der Postfinance](#). Im Gegenzug würde das Kreditverbot fallen, die Postfinance würde so zu einer normalen Bank.

Migration: Die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» könnte im Extremfall zum Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU führen. Patrick Leisibach erklärt gegenüber der US-Steuerfachpublikation [«Tax Notes»](#), dass dann auch andere bilaterale Abkommen und der Zugang zum EU-Binnenmarkt gefährdet wären. Das könnte Investitionen, Handel und Steuereinnahmen schwächen. Unabhängig von der Verflechtung mit der EU gelte: Statt einer starren Bevölkerungsgrenze sei eine Einwanderungsabgabe besser geeignet, um die Zuwanderung zu steuern.

Staatwachstum: Das Parlament will die Löhne der Bundesangestellten stärker an jene der Privatwirtschaft anpassen. Die Massnahme sei jedoch eher symbolischer Natur, schreibt «L'Agefi» (Print). Der eigentliche Treiber des Staatwachstums liege in der steigenden Zahl staatlicher Aufgaben und Stellen. Dabei wird auf [eine Analyse von Avenir Suisse](#) verwiesen, wonach der staatliche Stellenbestand in zehn Jahren mit 13% deutlich stärker gestiegen sei als die Beschäftigung in der Privatwirtschaft (8%).

Newsletter weitergeleitet?
 Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?
[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen

Eine Lohnprozentbremse für die Schweiz

Staatliches Risiko(-kapital)?

Freiheitsindex 2025

[Lohnprozentbremse für die Schweiz](#) | [Staatliches Risiko\(-kapital\)?](#) | [Freiheitsindex 2025](#)

Newsletter verpasst?
 Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).